

Liebe Leserinnen und Leser,



in diesem Newsletter informiere ich schwerpunktmäßig über die Änderungsanträge, die unsere Fraktion in die [Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2017/2018](#) in den Sächsischen Landtag eingebracht hat. Die GRÜNEN Änderungsanträge haben einiges bewirkt. Durch unsere Initiative wird es erstmals ein [Landesprogramm zur Sicherung der](#)

[Hebammenversorgung](#) geben. Unsere Forderung nach mehr Geld für die [Unterstützung von Familien](#) und die [Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung](#) spiegelt sich in Erhöhungen im Haushalt 2017/18 wider. Auf Druck der GRÜNEN ist nun verbindlich Geld bereitgestellt für die Einrichtung einer [Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung](#). Keinen Erfolg hatten unsere Forderungen nach einem [Landesprogramm für Quartiersentwicklung](#), einem höheren [Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderung](#) und mehr Geld für die [Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe im Bereich Crystal](#). Unser Anliegen, durch Verpflichtungsermächtigungen [mehrjährige Förderperspektiven in der sozialen Arbeit](#) zu schaffen, wurde von der Koalition abgelehnt.

Außerdem haben mich diese Themen im Sächsischen Landtag beschäftigt: Die Überarbeitung des [Landesjugendhilfegesetz](#), das neue [Landesprogramm zur Schulsozialarbeit](#) und [Kinderarmut in Sachsen](#). Kommentiert habe ich die Vorschläge des sächsischen Justizminister Gemkow zur leichteren [Rehabilitierung von DDR-Heimkindern](#). Entschieden widersprochen habe ich den Forderungen der AfD, in deren Antrag zur [Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern](#). Weitere aktuelle und spannende landespolitische Themen sind in der [SaxGRÜN](#) zu finden.

Über Rückmeldungen freue ich mich.

Eine spannende Lektüre wünscht

Volkmar Zschocke.

Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2017/2018

Bei einem Gesamtetat des Haushalts in Rekordhöhe von 37,5 Mrd. Euro wäre aus GRÜNER Sicht deutlich mehr möglich gewesen. Es reicht nicht aus, einfach nur mehr Geld ins System zu pumpen, ohne zentrale Probleme Sachsens zu lösen, ohne die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. Die GRÜNE-Landtagsfraktion beantragte in den Ausschussberatungen insgesamt ca. 200 Änderungen im Gesamtvolumen von etwa einer Milliarde Euro. Im Zentrum unserer Änderungsanträge stand die 'GRÜNE Personaloffensive'. Nicht nur bei Lehrerinnen und Lehrern sowie in Polizei und Justiz fehlt es an Personal. Durch Stellenabbau und fehlenden Nachwuchs sind weite Bereiche der Landesverwaltung am Rande der Arbeitsfähigkeit. Wir haben mit zahlreichen Änderungsanträgen versucht die Weichen so zu stellen, dass die starken Altersabgänge der Landesverwaltung in den nächsten 15 Jahren ausgeglichen werden können. In den kommenden beiden Jahren müssen über 1.800 Stellen mit qualifizierten jungen Leuten besetzt werden. Auch nach 2018 kann der Generationenwechsel nur mit Hilfe von festen Neueinstellungskorridoren gemeistert werden. Die Personaloffensive unserer Fraktion wurde von der Koalition abgelehnt, obwohl sie solide berechnet ist und allein durch die Mittel, die jetzt schon im Haushaltsplan stehen, finanzierbar wäre.

- [Rede zum Doppelhaushalt](#)
- [Rede zum Haushalt des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz“](#)
- [GRÜNER Vorschlag einer Personaloffensive für Sachsen](#)
- [Änderungsantrag zur Streichung von kw-Vermerken im Haushalt des Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz](#)

Neues Programm zur Sicherung der Hebammenversorgung

Fraktionsübergreifende Zustimmung fand unser Änderungsantrag für ein „Programm zur Sicherung der Hebammenversorgung in Sachsen“. In den nächsten zwei Jahren werden dafür erstmals Mittel in Höhe von jeweils 175.000 Euro bereitgestellt. Damit ist ein erster Schritt getan, um die Hebammenversorgung in Sachsen zu verbessern. Das Programm muss nun durch das Sozialministerium im Austausch mit dem Sächsischen Hebammenverband e.V. zügig mit erarbeitet werden, mit dem Ziel die Geburtshilfe und andere wichtige Angebote für Mutter und Kind in allen Regionen Sachsens sicher zu stellen. Vorschläge dafür haben wir im Januar in einem GRÜNEN Antrag formuliert.

Die GRÜNE-Fraktion wird im März in Kooperation mit dem Sächsischen Hebammenverband einen „Runden Tisch“ zur Hebammenversorgung in Sachsen einberufen. Beim ersten Treffen soll die aktuelle Versorgungssituation und die Ausgestaltung des Programms im Mittelpunkt stehen.

- [Mehr Informationen zum geplanten Programm](#)
- [Pressemitteilung zum geplanten Programm](#)
- [GRÜNER Antrag zum "Programm zur Sicherung der Hebammenversorgung in Sachsen"](#)

Angebote zur Unterstützung von Familien

Die Familienberatungsstellen berichten, dass die Probleme, die hilfesuchende Familien beschreiben, vielschichtiger werden. Die Alters- und Zielgruppen haben sich verändert. Das führt zu längeren Wartezeiten für ein Erstgespräch. Dieser Beratungsbedarf muss ernst genommen werden und sich entsprechend im Haushalt abbilden. Ziel unseres Änderungsantrags war es, die Angebote der Familienerholung für einkommensschwache Familien auf dem Vorjahresniveau sichern. Dafür haben wir eine Erhöhung der Mittel im Landeshaushalt auf 250.000 Euro pro Jahr gefordert. Bei der Finanzierung der Ehe-, Familien und Lebensberatung haben wir eine Erhöhung der Haushaltsmittel auf 700.000 Euro jährlich gefordert. Die überregionale Familienbildung sollte aus unserer Sicht mit 230.000 Euro jährlich gefördert werden. Das entspricht den durchschnittlichen verausgabten Mitteln in den letzten zwei Jahren. Viele GRÜNE Forderungen wurden dann in Änderungsanträgen der Koalition aufgegriffen.

Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung

Frauen haben ein Recht auf eine gute Beratung für sich und ihr Kind von Anfang an. Der Bedarf ist vielseitig und reicht weit über die gesetzlich vorgeschriebene Konfliktberatung vor einem Schwangerschaftsabbruch hinaus. Zwar ist nicht die Zahl der Beratungsfälle, aber der Beratungsaufwand erheblich gestiegen. Neben Fragen zu familienpolitischen Leitungen oder zur Familienplanung spielen zunehmend auch die Unterstützung von Alleinerziehenden, die besondere Situation von Flüchtlingsfamilien und die Betreuung von Crystal konsumierenden Frauen eine Rolle. Erschwerend kommt hinzu, dass die Träger in Sachsen einen sehr hohen Anteil an Eigenmitteln erbringen müssen. Wir haben die Berechnungen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen zugrunde gelegt und eine Erhöhung der Landesmittel auf 7 Mio. Euro jährlich gefordert. Damit hätte Sachsen im bundesweiten Durchschnitt gelegen. Die Änderungen der Koalition kommen unseren Forderungen sehr nahe. Es hat Wirkung gezeigt.

Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung

Unsere Fraktion hat bereits in der letzten Legislaturperiode einen Antrag zur Einrichtung einer Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung in den Sächsischen Landtag eingebracht, der damals allerdings abgelehnt wurde. Eine solche Servicestelle soll Kommunen, Landkreise und kreisfreie Städte sowie Vereine und Verbände bei der Umsetzung von Beteiligungsprojekten für Kinder und Jugendliche unterstützen. Mit ihrer Ankündigung im Koalitionsvertrag, eine solche Servicestelle einzurichten und finanziell auszustatten, haben CDU und SPD unsere Forderung aufgegriffen. Im Haushaltsentwurf waren dafür jedoch keine Mittel verbindlich eingeplant. Deshalb haben wir beantragt, im Doppelhaushalt 450.000 Euro jährlich bereitzustellen. Dieses Geld wäre notwendig, damit die Konzeption für eine Servicestelle, wie vom Kinder- und Jugendring Sachsen e.V. vorgelegt, tatsächlich in allen Bereichen umgesetzt werden kann. Durch unser Drängen in den Haushaltsberatungen werden nun zumindest 350.000 Euro jährlich für diesen Zweck bereitgestellt. Das ist aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt, Kinder- und Jugendbeteiligung in Sachsen voran zu bringen.

Landesprogramm zur Förderung barrierearmer generationsübergreifender Quartiere

Wir wollen ein Programm zur Förderung generationengerechter, barrierefreier Quartiere in Sachsen schaffen. Es fehlt aktuell eine sächsische Handlungsstrategie auf dem Gebiet, die Maßnahmen bündelt und bestehende Finanzierungslücken ausgleicht. Unter Federführung des Sozialministeriums soll zukünftig eine passgenaue Quartiersentwicklung in Städten und ländlichen Regionen gefördert werden. Für unseren Vorschlag haben wir 2016 bei einer Expertenanhörung im Sozialausschuss viel Zustimmung erhalten. Um ein entsprechendes Landesprogramm auf den Weg zu bringen haben wir 7,5 Mio. Euro für das Haushaltsjahr 2017 und 10 Mio. Euro für das Jahr 2018 beantragt. Unsere Forderung wurde abgelehnt.

→ [Änderungsantrag für ein Landesprogramm zur Förderung barrierearmer generationsübergreifender Quartiere](#)

Nachteilsausgleiche für Menschen mit Behinderungen

Die Staatsregierung hat im Doppelhaushalt 2017/2018 vorgeschlagen, das Landesblindengeld von bislang 333 Euro auf 350 Euro zu erhöhen. Nachteilsausgleiche für andere im Landesblindengeldgesetz genannte Gruppen, also gehörlose Menschen, hochgradig sehbehin-

derte Menschen und schwerstbehinderte Kinder werden vorerst nicht erhöht. Für die GRÜNE-Landtagsfraktion ist das nicht nachvollziehbar. Wir wollen nicht auf weitere Gesetzesanpassungen bis zur Sommerpause 2017 warten. Im Interesse der Betroffenen hat unsere Fraktion für 2017 und 2018 beantragt, jeweils zusätzliche Mittel in Höhe von 5 Mio. Euro einzustellen, damit alle Menschen mit Behinderungen zur gleichen Zeit von dem Nachteilsausgleich profitieren. Unser Änderungsantrag wurde von der Koalition abgelehnt.

- [Redebeitrag zum Landesblindengeld](#)
- [Änderungsantrag zum Landesblindengeldgesetz](#)

Angebote der ambulanten Suchthilfe und -prävention für spezifische Zielgruppen wie Crystal-Konsumenten

Es gibt eine Überlastung des sächsischen Suchthilfesystems durch die anhaltende Crystal-Problematik. Der Freistaat Sachsen hat im Haushalt 2015/16 erstmals Gelder bereitgestellt, um die Kommunen bei der Umsetzung von Crystal-Präventionsprojekten finanziell zu unterstützen. Aus meiner Sicht braucht es finanzielle Anreize, damit in diesem Bereich in den Jahren 2017 und 2018 weitere neue Projekte entstehen können. Stattdessen beabsichtigt die Staatsregierung, die Mittel um fast die Hälfte zu kürzen. Dies läuft einer kontinuierlichen Präventionsstrategie zuwider. Um die Angebote der ambulanten Suchthilfe und -prävention für spezifische Zielgruppen wie Crystal-Konsumenten zu verstetigen und weiterzuentwickeln und Kommunen dabei zu stärken, haben wir beantragt, den Haushaltsansatz in Höhe von 1,3 Mio. Euro der beiden Vorjahre beizubehalten. Diese Forderung wurde von der Koalition abgelehnt.

Mehrjährige Förderperspektiven in der sozialen Arbeit

Träger, die Projekte durch Fördermittel des Freistaates Sachsen realisieren, brauchen eine kontinuierliche, planbare und verlässliche Grundlage für ihre Arbeit und ihre MitarbeiterInnen. Mit Hilfe von Verpflichtungsermächtigungen ist es möglich, die Grundlage für eine über- bzw. mehrjährige Förderung zu schaffen. Diese Änderungsanträge sind haushaltstechnischer Natur und bedeuten keine zusätzlichen Kosten. Änderungsanträge zur Einrichtung von Verpflichtungsermächtigungen haben wir u.a. für die Bereiche internationale Jugendarbeit, Selbsthilfegruppen, ambulante Hospizdienste, Maßnahmen zum Spracherwerb und zur Verständigung und für das Landesprogramm 'Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz' eingebracht. Auch CDU und SPD haben diesen Anspruch im Koalitionsvertrag formuliert, um den Trägern eine längerfristige Planung zu ermöglichen. Trotzdem wurden alle GRÜNEN Änderungsanträ-

ge von der Koalition abgelehnt. Das zeigt mir, dass CDU und SPD weit hinter ihrem Versprechen im Koalitionsvertrag zurückbleiben die Arbeitsbedingungen in der sozialen Arbeit zu verbessern.

Landesjugendhilfegesetz

Im Schnelldurchlauf wurden die von der Staatsregierung vorgeschlagenen Änderungen zum Landesjugendhilfegesetz diskutiert. Auf Drängen unserer Fraktion wurde zumindest eine Expertenanhörung im Sozialausschuss zu den geplanten Gesetzesänderungen durchgeführt. Zum Hintergrund: Durch die steigende Anzahl minderjähriger Flüchtlinge wurden 2015 per Erlass geltende Regelungen zur Unterbringung und dem Personal vorübergehend außer Kraft gesetzt. Nun wird per Gesetz die Ausnahme zur Regel gemacht. Ich befürchte eine Absenkung der Standards in der Jugendhilfe und habe Sozialministerin Klepsch dazu aufgefordert, ihren Fokus auf dauerhafte und hochwertige Lösungen für Jugendliche zu richten, die in Obhut des Staates leben müssen. Unsere Fraktion hat in diesem Sinne Änderungsanträge eingebracht, die jedoch von der Koalition abgelehnt wurden.

- [Pressemitteilung zur Anhörung](#)
- [Pressemitteilung zu den Änderungen im Landesjugendhilfegesetz](#)
- [Rede zur Änderung des Landesjugendhilfegesetz](#)

Landesprogramm zur Schulsozialarbeit

Wir haben den Antrag der SPD und CDU Koalition zur Einführung eines Landesprogramms Schulsozialarbeit in Sachsen natürlich unterstützt. Jahrelang haben auch wir GRÜNEN dafür gekämpft und Initiativen in den Landtag eingebracht. Dieses Landesprogramm ist überfällig und dringend notwendig. Wer die Forderungen der Koalition anschaut, der wird schnell merken, wie schwammig die Vorstellungen zur Ausgestaltung eines solchen Programms sind. Ich kritisiere die inkonsistente Vorbereitung dieses Programms. Die vorhersehbaren Konflikte bei Kontinuität, Personalausstattung, Bedarfsdeckung und Qualifikation werden durch den Antrag nicht aufgelöst. Voraussetzung dafür wäre Einigkeit in der Herangehensweise - die scheint in der Koalition jedoch nicht vorhanden zu sein. Anders lassen sich die schwammigen Formulierungen nicht erklären.

- [Rede zur Einführung eines Landesprogramms Schulsozialarbeit für Sachsen](#)
- [Antrag der Koalition zur Einführung eines Landesprogramms Schulsozialarbeit](#)

Kinderarmut in Sachsen

Die Staatsregierung räumt ein, dass Kinder stärker von Armut betroffen sind als Erwachsene. Es gibt zwei Armutsfaktoren, die in der Antwort klar benannt werden: Erstens: „Am gefährdeten sind Kinder von Alleinerziehenden, hier ist aktuell beinahe jedes dritte Kind von Armut bedroht.“ Zweitens: „Die Armutsgefährdungsquote steigt, je mehr Kinder in einer Familie leben.“ Auffallend ist der Antwortstil, der sich wie ein roter Faden durch die Große Anfrage zieht. Zu vielen Fragen liegen entweder keine Daten vor oder die Staatsregierung beruft sich darauf, nicht zur Auskunft verpflichtet zu sein. Abwechselnd wird auf die Verantwortung von Bund oder Kommunen verwiesen. Ja, viele Stellschrauben zur Vermeidung von Kinderarmut liegen auf der Bundesebene, aber auch Sachsen hat Handlungsspielräume. Das Sozialministerium windet sich, die Probleme klar zu benennen und die eigenen Spielräume zu nutzen. Die dünnen Antworten zur Großen Anfrage zeigen: Sachsen braucht dringend eine Sozialberichterstattung, die ihren Namen verdient!

→ [Rede zur Großen Anfrage](#)

Gesetzesinitiative zur leichteren Rehabilitation von DDR-Heimkindern

Die Aufarbeitung von DDR-Unrecht ist mir ein wichtiges Anliegen. Auch das Leid von Kindern und Jugendlichen darf nicht vergessen werden. Eine Gesetzesinitiative, die eine strafrechtliche Rehabilitation erleichtert, reicht nicht aus. Was den Betroffenen fehlt, ist der Zugang zu den eigenen Akten. Wenn die Staatsregierung das staatliche Unrecht in der ehemaligen DDR aufarbeiten und wiedergutmachen will, muss sie DDR-Heimkindern einen leichteren Zugang zu den Akten ermöglichen, die in Sachsen archiviert sind. Nur so wird die Aufarbeitung der eigenen Lebensgeschichte überhaupt möglich. Viele Betroffenen wissen bis heute nicht, warum sie in Kinderheimen leben mussten. Sie haben es oft schwer, aktenkundig zu belegen, dass die Eltern Opfer politischer Verfolgung waren. Fest steht, dass auch die Jugendhilfe zu DDR-Zeiten politisch instrumentalisiert wurde. Die flächendeckende Aufarbeitung in diesem Bereich steht noch ganz am Anfang. Der Freistaat muss seinen Beitrag leisten und die Grundlagen für eine Rehabilitation verbessern.

→ [Pressemitteilung zur geplanten Gesetzesänderung](#)

→ [Pressemitteilung zum DDR-Heimkinderfonds](#)

→ [Rückblick zum Fachgespräch 2015](#)

Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern

Anliegen des AfD-Antrages ist es, vorhandene Vorurteile und Ressentiments gegen Ausländer zu verstärken. Gleichzeitig geht es der AfD darum, staatliche Instanzen als unfähig und überfordert zu diffamieren. Der Antrag selbst beruht komplett auf Unterstellungen, ihm liegen keinerlei Tatsachen zu Grunde. Wir haben den Antrag abgelehnt. Denn minderjährige Flüchtlinge brauchen besondere Unterstützung und keine pauschale Verdächtigung oder Kriminalisierung.

→ [Rede zum Antrag der AfD-Fraktion](#)

Die aktuelle SaxGRÜN

Mehr zu barrierefreien Bahnhöfen in Sachsen und andere spannende Themen sind in der SaxGRÜN Ausgabe vom Dezember zu finden.

→ [aktuelle SaxGRÜN](#)

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Tina Siebeneicher
Parlamentarische Beraterin für Kinder und Jugend, Familie, SeniorInnen, Soziales und Gesundheit
Telefon: 0351 / 493 48 26
tina.siebeneicher@slt.sachsen.de

Volkmar Zschocke
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher
Telefon: 0351 / 493 48 50
Telefax: 0351 / 493 48 09
volkmar.zschocke@slt.sachsen.de
www.volkmar-zschocke.de

Anne Kobes
Parlamentarische Beraterin für Menschen mit Behinderung
Telefon: 0351 / 493 48 27
anne.kobes@slt.sachsen.de

V.i.S.d.P.: Tina Siebeneicher, Anne Kobes
Abonnement und Abbestellung des Newsletters unter:
tina.siebeneicher@slt.sachsen.de